Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 175 (2009)

Heft: 01-02

Artikel: Der neue Sicherheitspolitische Bericht : und die Armee?

Autor: Kunz, Raimund

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-228

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Der neue Sicherheitspolitische Bericht – Und die Armee?

Die Schweiz soll die beste Armee haben. Wer möchte dem widersprechen? Aber: Wozu? Darüber gehen die Meinungen auseinander: Um militärische Angriffe auf unser Land, wie sie im letzten Jahrhundert möglich gewesen wären, abzuschrecken? Oder, um Grossereignisse, Einrichtungen oder Verkehrsachsen vor Terror-Bedrohungen zu schützen oder einen möglichen Angriff auf unsere Informatik-Infrastruktur bewältigen zu können, oder um Hochseeschiffe vor Piraten zu schützen?

Raimund Kunz

Gut sein kann eine Armee nur, wenn sie in «sicherheitspolitische Kohärenz» eingebettet ist. Genau das ist die Aufgabe des neuen sicherheitspolitischen Berichts: eine umfassende sicherheitspolitische Auslegeordnung vorzulegen mit dem Ziel, unsere Instrumente, auch die Armee, «sicherheitspolitisch kohärent» zu gestalten.

«Sicherheitspolitische Kohärenz»

bedeutet in diesem Zusammenhang:

- Eine Sicherheitspolitik, verstanden als die Gesamtheit der staatlichen Massnahmen des Bundes und der Kantone: gegen die Androhung und Anwendung von Gewalt gegen die Schweiz, ihre Bevölkerung und deren Lebensgrundlagen und gegen deren Interessen im Ausland, sowie zur Bewältigung von natur- und zivilisationsbedingten Schadenereignissen auf dem schweizerischen Territorium. Die Sicherheitspolitik bildet die Grundlage, auf der die Strategie und die Instrumente zu deren Umsetzung, namentlich die Armee, auf die gegenwärtigen und absehbaren Bedrohungen, Risiken und Gefahren ausgerichtet werden. Diese ergeben sich aus dem internationalen Umfeld und der Stellung der Schweiz in diesem Umfeld.
- Kohärent ist folglich die Sicherheitspolitik, wenn sie die adäquate Antwort auf die internationalen Herausforderungen an die Sicherheit darstellt, mit denen das Land konfrontiert ist, mit dem Ziel, seine Unabhängigkeit bzw. seine Handlungsfreiheit in jeder Lage, auch in der Krise, erhalten zu können.
- Zur Kohärenz gehört ferner, dass die sicherheitspolitischen Instrumente auf deren historisch gewachsene Besonderheiten sowie auf die vorhandenen finanziellen Mittel und die personellen Ressourcen abgestimmt sind.

Die Kontroversen der letzten Jahre um die Rolle, die Aufgaben bzw. die Gewichtung der Aufgaben der Armee scheinen auch damit zu tun zu haben, dass über diese Kohärenz verschiedene, wenn nicht gegenläufige Vorstellungen bestehen. Das ist einerseits verständlich: haben doch in Bezug auf das sicherheitspolitische Umfeld und die geopolitische Stellung der Schweiz Veränderungen stattgefunden, die einen Paradigmenwechsel darstellen. Tatsächlich befand sich die Schweiz in ihrer Geschichte jeweils in «Frontlage», sei es zwischen rivalisierenden Nachbarmächten und Kriegsbündnissen im 19./20. Jahrhundert, oder nahe der Trennlinie zwischen dem ideologisch gespaltenen Europa im Kalten Krieg. Diese Frontlage zwischen Mächten, die ihre Ordnungsvorstellungen durch territoriale Eroberungen durchzusetzen versuchten, hat unser sicherheitspolitisches Denken tief geprägt. Verteidigung wird auf Grund dieser Erfahrungen landläufig verstanden als Schutz des Territoriums vor militärischen Invasionen fremder Mächte. Wovon aber wird heute und in absehbarer Zukunft unsere Handlungsfreiheit in Frage gestellt? Wozu dient unter den gegenwärtigen und absehbar zukünftigen Verhältnissen die Armee? Dies sind die Aspekte, auf die der Bericht einzugehen hat. Der sicherheitspolitische Gesamtkontext ist entscheidend. Hier seien nur ein paar, eigentlich bekannte Tatsachen in Erinnerung gerufen.

Umfassender Ansatz

Sicherheit wird heute umfassend verstanden. Veränderungen der globalen Machtverhältnisse, Armut, Entwicklungsgefälle, demographische Ungleichgewichte und eine Reihe von innerstaatlichen Konflikten in der Welt und deren Rückwirkungen, Finanz- und Wirtschaftskrise, Klimawandel und Umweltveränderungen, mögliche Pandemien oder Epidemien, Kriminalität kurz: die verschiedensten Bereiche betreffen unsere Sicherheit, die kollektive wie die individuelle. Dementsprechend haben verschiedene Politikbereiche wie Aussen- und Entwicklungspolitik, Wirtschafts- und Landesversorgungspolitik, Umwelt- und Klimapolitik, Migrations-, Asyl- und Ausländer-Integrationspolitik mittelbar mit unserer Sicherheit zu tun. Der Sicherheitspolitische Bericht hat darauf einzugehen, er hat darzustellen, wie die einzelnen Politikbereiche – ausgehend von unseren Interessen – zur Sicherheit des Landes beitragen.

Verletzlichkeit durch globale und regionale Vernetzung

Die modernen Bedrohungen, Risiken und Gefahren, welche die Sicherheitspolitik unmittelbar anzugehen hat, ergeben sich aus den vielfältigsten transnationalen Vernetzungen. Moderne Gesellschaften zeichnen sich dadurch aus, dass sie globalisiert, d.h. vernetzt sind. Die Schweiz gehört zu den am stärksten globalisierten Ländern der Welt. Sie ist eingebunden in die vielfältigsten regionalen und globalen Netzwerke: Verkehrs-, Transport-, Kommunikations-, Versorgungs-, Energie-, Wirtschafts- und Finanz-, Informatik-Netzwerke, ohne welche das Funktionieren unserer modernen Gesellschaft nicht denkbar ist. Der modernen Netzwerklogik folgen auch der Terrorismus, die organisierte Kriminalität, illegaler Handel, Migrationsströme usw. Netzwerke sind an kein bestimmtes oder begrenztes Territorium gebunden, sie durchkreuzen Terri-

torien in vielfältigster Weise, Macht kann durch deren Manipulation – ohne territoriale Eroberung – ausgeübt werden und wird es. Netzwerke sind verletzlich; wie, illustrieren die gegenwärtige Finanzkrise, die Verletzlichkeit von Energieversorgungslinien oder die im Golf von Aden von Piraten bedrohten Hochseeschifffahrtslinien.

Sicherheitspolitische Binnenlage

Die Schweiz befindet sich nicht mehr in «Frontlage», sie liegt im Zentrum der Europäischen Union und der NATO, Institutionen, die im Wesentlichen auch «Netzwerkbeziehungen» ordnen und regulieren; die Schweiz ist zu einem sicherheitspolitischen Binnenland des EU/NATO-Raumes geworden, mit dem sie auf allen Gebieten – wirtschaftlich, gesellschaftlich, kulturell – besonders tief verwoben ist. Als Folge davon führt sie mit der EU mittels bilateraler Verträge eine strukturierte Zusammenarbeitspolitik, ohne Mitglied zu sein.

Mit dem Beitritt zum Schengen/Dublin-Abkommen hat die Schweiz auch im Bereich der Sicherheit, der inneren Sicherheit, nämlich der polizeilichen Fahndung, ihre Zusammenarbeit vertraglich strukturiert. Dies ist signifikant für ihre sicherheitspolitische Binnenlage, hat die Schweiz doch damit die Schengen/EU-Aussengrenze auch zu ihrer Grenze gemacht und sich verpflichtet, bei Bedarf mit Einsatzteams den Schutz dieser Aussengrenze zu unterstützen. Damit anerkennt sie auch, dass die Bedrohungen, denen der Schengen/EU-Raum ausgesetzt ist und die sich aus den instabilen, zum Teil explosiven Peripherie- und Nachbarregionen Europas, aus dem Mittelmeerraum, und Afrika, aus dem Nahen und Mittleren Osten, aus dem Kaukasus und aus Zentralasien ergeben, auch für die Schweiz gelten. Damit sind für die Schweiz aber auch die sicherheitspolitischen Strategien der EU, der NATO und ihrer Partnerländer relevant. Diese haben zum Ziel, instabile Peripherie- und Nachbarregionen mit zivilen und militärischen Mitteln präventiv zu stabilisieren, um die Sicherheit im eigenen Raum zu verbessern. Konfliktlösungen mit militärischen Mitteln zwischen den Staaten in diesem Raum jedoch ist kein Thema.

Folgerungen für die Armee

Dies sind Tatsachen, die nicht verdreht werden dürfen, um nostalgische Erinnerungen an eine Armee des Kalten Kriegs wach halten zu können. Im Grunde ergeben sich daraus eigentlich nur zwei Kernfragen:

1. Wie stellt die Schweiz ihre Krisenbewältigungsfähigkeit sicher für naturbedingte Schadenfälle oder Ereignisse, die auf Grund der globalen Vernetzung jederzeit und überraschend auf dem schweizerischen Territorium eintreten können und die sie grundsätzlich selbst zu bewältigen hat. Das ist Aufgabe der Sicherheitskoordination auf nationaler Ebene. An der Verbesserung dieser Koordination ist in den letzten vier Jahren viel gearbeitet und erreicht worden.

Unter der Voraussetzung, dass die kantonalen Polizeibestände unverändert bleiben, wird sich die Armee für subsidiäre Sicherungs- und Rettungseinsätze sowie für die Überwachung des Luftraums und den Luftpolizeidienst bereit halten müssen.

Im Hinblick auf Kohärenz sind Bestände, Mittel, Ausrüstung und Technologieniveau auf die Bedürfnisse von Einsätzen

im eigenen Land und in der eigenen Bevölkerung abzustimmen. Die Vergleichbarkeit mit Interventionsstreitkräften ist beschränkt.

2. Welche Konsequenzen zieht die Schweiz aus ihrer, für sie vorteilhaften sicherheitspolitischen Binnenlage; konkret: wird sie ihre internationale Kooperationsstrategie weiterführen, ausbauen, reduzieren oder abbauen. Die Frage bedarf der Klärung, sie wird schon fast täglich an uns herangetragen: z.B. im Zusammenhang mit dem Geleitschutz, um den schweizerische Reedereiunternehmen im Golf von Aden ersuchen, angesichts der erheblichen Friedensförderungsaufwände der UNO und der europäischen Institutionen anlässlich internationaler Kontakten auf allen Ebenen oder wenn wir gezwungen sind, Mittel aus laufenden Operationen abzuziehen, wie die Helikopter-Einheit aus Bosnien.

Der neue Bericht wird auch diesbezüglich eine umfassende Lagebeurteilung und Interessenabwägung vornehmen müssen. Auch hier stellt sich die Frage, wozu welche Armee dienen soll, wenn sie sich von den internationalen Stabilisierungsbemühungen einfach abmelden sollte.

Diese Kernfragen sind nicht neu, wichtige und richtige Schritte sind unternommen worden. Die Kontroversen um die Armeeanpassungen sind aber Indiz dafür, dass im Hinblick auf sicherheitspolitische Kohärenz Klärungsbedarf besteht.

Sicherheitspolitische Konstanten der Schweiz

Dazu gehören die Neutralität, das Wehr- und das Milizsystem; sie gehören zu den staatlichen Besonderheiten der Schweiz, sind von staatspolitischer Relevanz und von anderer Bedeutung als die erwähnten sicherheitspolitischen Veränderungen. Zu prüfen ist, ob sie wegen dieser Veränderungen obsolet geworden sind. Die Tatsachen sprechen dagegen: Die Neutralität bietet dem unabhängigen Kleinstaat Orientierung und Richtung in einer Welt, in der sich politische, auch machtpolitische Gegensätze akzentuieren, sie bedeutet nicht Rückzug aus der Welt. Die Wehrpflicht und das Milizsystem garantieren die Qualität unserer Armee und deren Verankerung in der Bevölkerung. Die Milizarmee stellt in Bezug auch auf Bestandesbedürfnisse eine flexible strategische Sicherheitsreserve dar, die für Krisenlagen zur Verfügung steht. Verbunden mit einsatzbereiten Berufskomponenten wird sie den heutigen Erfordernissen ebenso gerecht wie früher. Sie bietet jungen Menschen gemeinsame Erfahrungsräume und fördert so die Integration, sie bietet Kaderleuten Gelegenheit, Führungserfahrung in Druck- oder Grenzsituationen zu machen, etwas an sich Attraktives und Nachgefragtes.

Breite Abstützung des Berichts

Angesichts der hier nur gestreiften Fragestellungen ist es wichtig, dass der sicherheitspolitische Bericht in einem möglichst breiten Rahmen erarbeitet und diskutiert wird. Nur dies wird dessen breite Abstützung ermöglichen. ■

Direktor DSP / VBS
Raimund Kunz
Botschafter
3003 Bern